

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865**

1.7.1865 (No. 153)

# Karlsruher Zeitung.

Samstag, 1. Juli.

N. 153.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gewöhnliche Beizeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

Auf das mit dem 1. Juli begonnene dritte Quartal der Karlsruher Zeitung nehmen alle Postämter Deutschlands und der Schweiz fortwährend Bestellungen an.

Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Boten aufgegeben werden.

## Deutschland.

**München, 27. Juni.** (Bayr. Bl.) Durch eine heute expedirte Entschliessung des königl. Kriegsministeriums wurde die Reduktion des Pferdebestandes der Artillerie auf den Friedensfuß angeordnet. — Die Zusammenkunft des bayerischen Episkopats in der Stadt Passau ist nunmehr vollkommen gesichert; es werden Erzbischöfe und Bischöfe am 17. Juli d. J. d. h. eintreffen und sämmtlich in der bischöflichen Residenz wohnen.

**München, 28. Juni.** (Nürnb. Storr.) In der heutigen Sitzung der Abgeordneten-Kammer wurde der Gesetzentwurf über die Eisenbahn-Dotation für die VIII. Finanzperiode nach dem Ausschussantrag angenommen; dessgleichen wurde die Erweiterung des Staatsbahnhofs in Nürnberg durch Verlegung der Güterhalle d. h. selbst an den Kanalhafen beschlossen.

**Aus Holstein, 27. Juni.** Man schreibt der „Köln. Ztg.“: Für den sechsten des nächsten Monats wird zum Geburtsfest des Herzogs Friedrich von Augustenburg eine Demonstration vorbereitet, welche in der nächsten Umgegend der Villa Nienstedten stattfinden und in einer Vorstellung streitbarer Männer bestehen soll. Die Führer des Vereins wünschens in den Herzogthümern rechnen darauf, am Geburtsfest des Herzogs eine Versammlung von 6000 Mann bei Nienstedten zusammenzubringen und dem Fürsten dann Gelegenheit zu geben, gleichsam eine Revue über die ihm Ergebenen abzuhalten.

**Hendenburg, 27. Juni.** (S. N.) Wie wir vernehmen, ist der Prinz von Hohenlohe per Bahn in diesen Tagen hier südwärts durchgezogen. — Aus der angeordneten Restauration des Herrenhauses Noer will man schließen, dass demnächst auch Prinz Friedrich v. Noer, Bruder des Herzogs von Augustenburg, seinen bleibenden Aufenthalt wieder in den Herzogthümern nehmen werde.

**Kiel, 28. Juni.** Morgen, am Jahrestag der Eroberung Alsen's, wird sich von hier der Oberbefehlshaber General Herwarth v. Bittenfeld mit den Offizieren des Oberkommandos und der Garnison nach Sonderburg begeben. Es ist dazu die „Augusta“ zur Verfügung gestellt. Außer einer kirchlichen Feier wird eine Betätigung der Gräber, Parade und Festmahl stattfinden. — Wie die „Kiel. Ztg.“ meldet, sollen der preussische Aviso „Loreley“ und das Kanonenboot „Delphin“ von Wismar behufs Peilung der Elbe nach Hamburg gehen.

**Schleswig, 25. Juni.** (Kiel. Ztg.) Aus verlässlicher Quelle erfahren wir, dass die Auslieferung der in Kopenhagen befindlichen Bundesarchive Seitens der dänischen Regierung nunmehr nahe bevorsteht, und dass wegen des Transports der Akten bereits mit hiesigen Schiffen verhandelt wird. Die Archive der vormaligen schleswig-holstein-lauen-

burgischen Kanzlei, der Rentenkammer, der General-Zollkammer und General-Postdirektion, der früheren Gottorffer Regierung, des schleswigischen Ministeriums, der Finanzverwaltung u. s. w., soweit die Herzogthümer anlangend, sind von solchem Umfang, dass man kaum vor Eintritt des Winters die völlige Ueberführung derselben bewerkstelligen zu können glaubt.

**Schleswig, 27. Juni.** Man schreibt der „All. Merk.“: Während die preussischen Truppen in den Herzogthümern sich demnächst auf der Lockstädter Halbinsel konzentriren werden, sieht es in Aussicht, dass die österreichischen Truppen zu gleicher Zeit ein Uebungslager in der Gegend von Husum beziehen werden. Man hat hierzu eine nördlich von Husum belegene größere Halbinsel in Betracht gezogen.

**Flensburg, 26. Juni.** Man schreibt der „Kiel. Ztg.“: Wie man hört, ist von dem hiesigen Appellationsgericht gegen die dänischen Agitatoren, welche bei der obersten Zivilbehörde eine Adresse, betreffend die angeblichen Uebergriffe der neuangestellten Beamten, eingereicht hatten, eine Untersuchung wegen öffentlicher Beleidigung der beikommenden Behörden verfügt worden. Dies dürfte zur Folge haben, dass namhafte Abgeordnete der dänischen Partei bei einem demnächstigen Zusammentritt der Ständeversammlung am Erscheinen wehndert sein werden.

**Flensburg, 26. Juni.** (Hamb. Nachr.) Zur Untersuchung der Beschwerden einiger hiesigen Dänen, welche sich der nordschleswigischen Deputation an Hrn. v. Zedlitz angeschlossen hatten, ist abseits der beikommenden Behörde eine Kommission niedergesetzt worden, bestehend aus den Herren Matthiessen von hier, v. Ahlefeld aus Glücksburg, und dem Aktuar Rissen aus Bredstedt. Die Untersuchung wird nächstens beginnen und soll das Protokoll in dänischer Sprache geführt werden.

**Berlin, 29. Juni.** Der „Nordd. Allg. Ztg.“ zufolge hat die Auswechslung der Ratifikationsurkunden des am 22. Mai d. J. hier abgeschlossenen Handelsvertrages zwischen den Regierungen des Zollvereins und Belgien heute auf dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten stattgefunden. Die ministerielle „Prov.-Corresp.“, indem sie konstatiert, dass die Verhandlungen über die schleswig-holsteinische Angelegenheit in letzter Zeit hauptsächlich wenig gefördert seien, bemerkt weiter, mit Bezugnahme auf die mehrbesprochene letzte, an Preußen gerichtete österreichische Depesche vom 5. Juni:

Inzwischen scheint die österreichische Regierung sich von neuem überzeugt zu haben, dass nur der Weg einer unmittelbaren und vertrauensvollen Verständigung mit Preußen zu der von beiden Seiten gewünschten baldigen Beilegung der Angelegenheit führen könne. In solcher Auffassung hat eine neuer Kundgebung Oesterreichs vor Allem die Verhandlungen über die preussischen Forderungen vom 22. Febr. da wieder aufzunehmen versucht, wo sie im März d. J. abgebrochen worden waren. Was jedoch vorläufig über den Inhalt jener neuen Aeußerung verlautet, lässt nicht annehmen, dass Seitens Oesterreichs bereits bestimmte Anknüpfungspunkte für weitere und erfolgreiche Verhandlungen gegeben seien. Die preussische Regierung erkennt gewiss eben so lebhaft wie die österreichische den Werth einer schleunigen Lösung der Frage und das dringende Bedürfnis einer direkten Verständigung mit Oesterreich; aber als Grundlage jeder Verständigung muss sie an denjenigen Bedingungen festhalten, welche sie nach ge-

wissenhafter Erwägung der politischen Stellung Preußens zu Schleswig-Holstein und der hieraus erwachsenden Pflichten und Rechte formuliert hat. Vor Allem aber wird Oesterreich, wenn es den Weg zu einer gemeinsamen Lösung mit Preußen finden will, die Hand dazu bieten müssen, zu verhindern, dass in Schleswig-Holstein selbst das Treiben einer unbefugten Parteidregierung weitere Verwirrung anrichte und den Absichten der berechtigten Regierungen Schwierigkeiten und Hindernisse bereite. So lange Oesterreich jenem Treiben anscheinend Vorschub leistet, wird die Annäherung eines wirklichen Einverständnisses zwischen den beiden Regierungen nicht möglich sein.

Der „Prov.-Corresp.“ zufolge ist die Veröffentlichung der Feststellung der Einnahmen und Ausgaben nebst einer Denkschrift über die dabei festgehaltenen Grundsätze wohl im Lauf der nächstfolgenden Woche zu erwarten.

Wie die „N. Preuss. Ztg.“ berichtet, macht Se. Maj. der König in Karlsbad täglich bei heiterer Stimmung die üblichen Fußpromenaden, nimmt sodann die Vorträge des Zivil- und Militärkabinetts entgegen, erteilt Audienzen u. s. w., und arbeitet später gewöhnlich längere Zeit mit dem Ministerpräsidenten v. Bismarck. In Karlsbad dürfte Se. Majestät etwa drei Wochen, und später etwa eben so lange zur Nachkur in Gastein verweilen. Von dort gedenkt sich Se. Maj. dann zum Besuch nach Baden zu begeben.

**Berlin, 29. Juni, Morgens.** Man schreibt der „Köln. Ztg.“: Es bestätigt sich, dass die preussische Depesche vom 16. Juni, in Erwiderung der österreichischen vom 5. Juni, sich zu der Erörterung der preussischen Februarbedingungen, deren Grundlage Preußen in allem Wesentlichen festhält, im Allgemeinen bereit erklärt, so dass Preußen gegen den Versuch einer direkten Verständigung zwischen Berlin und Wien keine Einwendung erheben würde. Das Februarprogramm wird indessen nach übereinstimmenden Nachrichten von Preußen aufrecht erhalten.

Eine zweite oldenburgische Note, die um die Mitte des Monats Juni nach Wien gerichtet wurde, soll in Beantwortung der Replik, welche die erste Note Odenburgs vom 22. Mai von österreichischer Seite erfahren hatte, wiederholentlich auf die Nothwendigkeit, dass die Parteidregierung in den Herzogthümern beseitigt werde, hingewiesen haben. Die Note soll in scharfen Ausdrücken gefasst sein. Der Großherzog scheint sich also bei dem, soweit es sich um Oesterreich handelte, negativen Ergebnis seiner früheren Vorstellungen nicht beruhigen zu wollen. Was Preußens Stellung zu der Sache angeht, so hatte die telegraphische Nachricht, dass die Vorbereitungen zu den Ersatzwahlen fortgesetzt werden, einiges Aufsehen gemacht. Es handelt sich indessen allem Anschein nach wirklich vorerst nur um die Vorbereitungen, die schon durch das bekannte Reskript des Hrn. v. Zedlitz eingeleitet waren, aber noch einige Zeit in Anspruch nehmen werden. Im Uebrigen hatte es, wie erinnerlich, früher geheißen, dass Preußen auf die Entfernung des Herzogs weniger während der Ersatzwahlen, ja sogar der Provinzialstände, als während der definitiven Versammlung von 1848 bringen werde. Seitdem scheint die Forderung wenigstens auch auf die Provinzialstände ausgedehnt worden zu sein. Dass Preußen sie fallen lassen werde, wie einige Wiener Korrespondenzen melden, ist bis jetzt nicht bestätigt.

**Wien, 27. Juni.** Den „Hamb. Nachr.“ gehen folgende Angaben über den Inhalt der an das Berliner Kabinet gerichteten österreichischen Note vom 5. d. M. zu:

## \*Ks. Wie mein Haar weiß wurde.

Wir hatten Lord Byron's herrliche Dichtung „Der Gefangene von Chillon“ gelesen, und als wir damit fertig waren, fragte Gines aus unserm Kreise, ein munteres junges Mädchen, ein Bäschen von mir, die Anfangszeilen:

Mein Haar ist grau, doch nicht von Jahren;  
Noch weiß gemacht  
Hat's Eine Nacht,  
Wie Menschen schon von jähem Schreck erfahren

wiederholend, „ich möchte doch wissen, ob Jemand das Haar vor Schrecken je grau geworden ist? Ich glaub's nicht. Himmel! so was Schauerhaftes, das die plötzliche Veränderung zuwegebrächte, wäre mein Tod auf dem Fleck. Das Haar steht mir eben schon zu Berge bei dem Gedanken.“

Ich lachte, da ich aber keine Antwort gab, so wandte sie sich zu mir: „Hör' einmal, Sophie, da fällt mir ja ein — Dein Haar ist schneeweiß und war's so lang Du mir denkst. Hast Du vielleicht einen Geist oder sonstwas Furchterliches gesehen, worüber Dir's weiß geworden ist? Weist Du, ich will damit nicht sagen,“ fuhr sie, mit einem muthwilligen Zwinkern in ihrem lachenden Auge im Kreise sich umsehend, fort, „dass Du nun eben zu jung wär'st zum Grausein; doch halt! ich meine, es sind jetzt zehn Jahre, seit wir aus Indien kamen, und ich da zum erstenmal mit unserer sehr geliebten Base Sophie zusammenkam, und zu jener Zeit warst Du schon so weiß wie heute, und es denkt mir noch ganz gut, wie ich damals, als kleines Kind, mich wunderte, dass Du keine Lour trügest.“

„Ich bin schon mit dem siebenzehnten Tage so grau gewesen,“ versetzte ich ruhig.

„Warum nicht gar!“ „Das wäre!“ und ähnliche Ausrufungen mehr erschallten fast von der ganzen Gruppe.

„Komm, komm, als ein liebes gutes Fieschen, das Du bist,“ rief mein Bäschen, das die Sache zur Sprache gebracht hatte, und setzte

sich dabei in aller Eile auf einen Schemel vor mich und sagte mich um die Kniee, „erzähl's uns Alles. Wie war's damit. Wie geschah's?“

Wir waren ein recht angenehmer Kreis, an dem Abend. Ich war damals auf Besuch bei meiner Base, die hübsch auf dem Lande in Devonshire wohnte. Es war damals just Winter und wir sahen alle itraulich um's Kamin und hatten, wie gesagt, Einer von uns, die das Gesicht vorlas, zugehört. Die so an mich gerichtete Frage und was dazu Anlass gegeben hatte, erweckte in mir eine dunkle Gedankensreihe, die lange geschlummert hatte, und rief mir Tage zurück, die größtentheils helle und glückliche waren, jenes Eine schreckliche Ereignis ausgenommen, das mich auf's Neue durchschauerte, wie es sich meiner Erinnerung mit mehr als gewöhnlicher Lebendigkeit aufdrang. Ich verharre einige Minuten sinnend und in's Feuer schauend, bis meine quersilberne Base mich mit einem kräftigen Elbogenstoß aufmahnte.

„Geh, schlaf doch nicht ein, Fieschen; wie ist dein Haar weiß geworden? Ist's von Natur so gewachsen?“

„Nein,“ antwortete ich endlich, „Das nicht. Ich hätte Deine erste Frage gleich bejahen und Dir sagen können, es ist ganz wahr, große Furcht, heftiger Schrecken kann die wunderbare Veränderung bewirken, und zwar in ganz kurzer Zeit.“

Ich sprach, glaube ich, obwohl unbedachtig in feierlichem Ton; und mit gedämpfter, halb-ängstlicher Stimme, drang man wieder in mich, das Geschehene zu erzählen. Gines machte den Vorschlag, die Lampe anzukünnen, doch mein Bäschen, das den Kopf mir in den Schoß recht zum Hören gelegt hatte, rief: „Um Gottes Willen nicht! ich zitt're schon am ganzen Leibe. Im Finstern hielt' ich's nicht aus; 's muß ja 'was Entsetzliches sein.“

Ich erzählte ihnen denn nun jenen Einen Vorgang aus meiner Vergangenheit; und wenige Tage danach, da mir noch Alles frisch im Gedächtnis schwebte, schrieb ich ihn nieder, in der Meinung und im Gefühl, damit auch bei Theilnahme Anderer zu begegnen und mir

selbst die heraufgerufenen unheimlichen Erinnerungen, die mir jetzt mit so fiebernder Gewalt durch das Hirn zogen, leichter wegzubringen, sobald ich das Ganze schwarz auf weiß hingebannt hätte. Ich will keine regelrechte Lebensgeschichte von mir geben, also nur so viel davon erwähnen, als zur Verständigung des zu erzählenden Vorgangs nothwendig sein dürfte.

Ich war das einzige Kind eines Offiziers, in Indien geboren, und dem Anschein nach ein so zartes Pflänzchen, dass die Aerzte auf der Stelle als einziges mögliches Mittel meiner Erhaltung meine Verbringung nach Europa verordneten. Meine Mutter war in Verzwweiflung, hat man mir gesagt, über dieses Gebot der Nothwendigkeit, um so mehr, als sie mich nicht begleiten konnte; denn meines Vaters Gesundheit war damals selbst angegriffen, ihr unmöglich ihn zu verlassen, und sein Besuch im Krankenurlaub zur Heimkehr ihm abgeschlagen worden; es blieb ihr also nichts übrig, als mich unter so sorgfältigem Geleit, als sich aufreiben ließ, nach England zu schicken; was sich denn in der Person meiner Wärterin, die lange in meiner Mutter Familie gedient gehabt hatte, fand, wozu noch als Schuß und Hüter für Beide ein junger Mann, ein Schwarzer, Namens Parks, kam.

Ich sollte zu meiner Tante, Frau Osborne, kommen — einer sehr vermöglichen Witwe und einzigen Schwester meines Vaters. Sie bewohnte damals einen schönen Landhst, Water-Lodge, am Flusse gleichen Namens und eben nur eine halbe Stunde von dem romantischen und reizend gelegenen Städtchen Malton, in Südrland.

Unser Haushalt dort, in jener Zeit, bestand aus Susanne, dem Hausmädchen, einer vortrefflichen guten jungen Person, die von meiner Tante höchlich geschätzt und bei mir in absonderlicher Gunst war; aus der Köchin, Frau Smythe, einer alten treuen Dienerin der Familie; nebst Parks, dem Schwarzen, der mich aus Indien herüberbegleitete hatte, und der, während meine Wärterin dorthin zurückkehrte, sich gern dazu verband, in meiner Tante Dienst zu treten und gar bald zum wohlbetrauten Diener sich befähigte. (Fortsetzung folgt.)

Oesterreich kommt darauf zurück, ein wie gefährliches Experiment Verhandlungen mit den Slaven ohne gemeinsame Verträge seien. Oesterreich behauptet, daß seit dem 5. März, wo es (Oesterreich) die preussischen Februar-Forderungen ablehnte, Preußen auf keine weiteren Verhandlungen eingegangen sei. Ausgangspunkte seien vorhanden in der Preußen künftig einzuräumenden Benützung des Kieler Hafens, desgleichen in einer Marinekonvention, sowie in der von Preußen zu übernehmenden Besetzung Randeburgs. Dagegen müsse eine Militärkonvention allerdings vom Standpunkt des Bundesrechts durch die Bundesversammlung geprüft werden. Preußen scheine ja aber auf eine Militärkonvention weniger Wert zu legen. Würden diese Punkte preussischer Seite nicht zum Ausgang einer neuen Verständigung genommen, d. h. also einer Verhandlung, durch welche die Punkte selbst erst ihre genaue Umgrenzung erfahren müßten, so werde Oesterreich auf den Standpunkt einer völligen Gleichberechtigung mit Preußen in Bezug auf die bleibenden Ergebnisse des Wiener Friedens für beide Großmächte zurücktreten. In diesem Fall werde Oesterreich zunächst bedacht sein, dem Condominium eine Gestalt zu geben, welche dasselbe als dauernde Einrichtung ermöglichen.

**Wien, 28. Juni.** Zur Ministerkrisis schreibt man der „N. Fr. Ztg.“, daß das Ministerium Schmerling nicht an seinen Differenzen mit dem Reichsrath, nicht, wie Manche glauben, an der Verurteilung seiner Finanzpolitik auch im Herrenhause scheitert, sondern an dem Vorwurf, den die ungarische Frage in Folge der Kaiserreise, deren politische Bedeutung ich bereits früher schilderte, genommen hat und nehmen müßte. Der Kaiser gewann offenbar die Ueberzeugung, daß sich nicht anders eine Basis zum Ausgleich mit Ungarn finden lasse, als durch ein Zurückgehen auf den Standpunkt von 1860, auf den Anfang des Transaktionsversuchs mit dem früheren ungarischen Landtag, durch eine Wiederanknüpfung an das Oktoberdiplom. Darum, und weil der energischste Vertreter der Ideen des Oktoberdiploms im verstärkten Reichsrath und im ungarischen Oberhaus von 1860, der damalige Tavernicus (Statthalterpräsident) Georg Jehr. v. Majlath, zum Hofkanzler für Ungarn berufen wurde, welche Ernennung durch die gleichzeitige Entlassung des siebenbürgischen Hofkanzlers Grafen v. Nadassy, der vom verstärkten Reichsrath an die Zee der Reichseinheit in hervorragender Weise vertrat, dieselbe in Siebenbürgen durchführte, und stets einer der hingebendsten Anhänger des Systems Schmerling war, sowie die unzweifelhaft erfolgende Entlassung auch des siebenbürgischen Vizelandes Baron Reichensperg und diejenige des Hofkanzlers für Kroatien ein ganz bestimmtes Gepräge erhielt — mußten Hr. v. Schmerling und diejenigen Staatsmänner ihre Thätigkeit für abgeschlossen erachten, die sich mit ihm für die bisher eingehaltene innere Politik solidarisch verbunden hatten. Schmerling ohne Nadassy und mit Majlath in einer Verwaltung — das ist ganz und gar unmöglich! Das in der Neubildung begriffene Ministerium soll gleichwohl nur eines des Uebergangs, der Transaktion, sein, gleichsam ad hoc berufen zu der Aufgabe des Ausgleichs mit dem ungarischen Landtag. Mehrere der bisherigen Fachminister sollen und können daher in demselben ihre Stellen finden. So erhält sich namentlich das Gerücht von dem Verbleiben des Hrn. v. Klener. Jedenfalls verbleibt der Minister ohne Portefeuille für Ungarn, der an dem Transaktionswert unmittelbar und in hervorragender Weise theilnehmende Graf Esterhazy. Das neue Ministerium wird ferner ein konstitutionelles sein, und auf dem Boden der Verfassung stehen, wenn auch nicht strikte auf dem des Februarpatents. Die Feudalen Böhmens — zu welchen Graf Belcredi nicht gehört — sowie diejenigen Ungarns, die eigentlichen Altkonservativen, finden in dem neuen Ministerium keine Vertretung. Majlath hat sich der nationalen Partei angeschlossen, die in Ungarn aus den gemäßigten korporativen und liberalen Elementen sich bildete, und die ich bereits früher als diejenige bezeichnete, welche jetzt in Ungarn die maßgebende ist, und mit welcher also die Regierung vorzugsweise zu rechnen hat. Welche Stellung im neuen Kabinete dem bisherigen Statthalter von Böhmen, Grafen Belcredi, vorbehalten ist, ob er den Staatsminister oder den Verwaltungsmminister Vasser ersetzt, scheint noch ungewiß.

**Wien, 28. Juni.** Man schreibt der „Allg. Ztg.“: Die Ursachen der Ministerkrisis betreffend, so ist es zweifellos, daß dieselbe unmittelbar aus der ungarischen Frage ihren Ursprung ableitet und daß die finanzielle Frage höchstens als ein unterstützendes Moment hinzugezogen ist. Hr. v. Schmerling neben Hrn. v. Majlath war unmöglich geworden: die ungarische Frage soll jetzt in einer Weise gelöst werden, die weitab liegt von dem Programm des bisherigen Staatsministers. Als den nächsten Schritt betrachtet man die Wiederherstellung des staatsrechtlichen Verbandes zwischen Ungarn und seinen „Nebendländern“ oder, wie das Schlagwort lautet, die „Wahrung der Integrität der ungarischen Krone“: der Rücktritt der Hofkanzler von Siebenbürgen und Kroatien deutet darauf hin und bahnt den Weg dazu. Was im Uebrigen werden wird, weiß Niemand zu sagen. Ob einerseits die „Öst. Post“ Grund hat, zu besorgen, daß die „freieitliche Entwicklung“ des Abgeordnetenhauses bedroht sein könne, und ob wir andererseits wirklich dem Dualismus entgegenstreben, muß die nächste Zukunft lehren, und nur darüber dürfte schon jetzt kein Zweifel sein, daß das ungarische Programm den Hauptinhalt des neuen Regierungsprogramms bilden wird und daß die Oktober- und altkonservativen Elemente wieder stark in den Vordergrund treten.

**Wien, 29. Juni.** (N. Z.) Graf Belcredi ist zum Staatsminister ernannt. Die preussische Antwort auf die Depesche vom 5. d. findet den Inhalt derselben als Verhandlungsgrundlage zu unbestimmt, gleichwohl eigne sich die Depesche zum Antinüpfungsfaden für weitere Erörterung.

#### Italien.

**Florenz, 29. Juni.** Der König ist nach den Bädern von Badieri in Piemont abgereist. Hr. Vegezzi hat sich, nachdem er vom König empfangen worden, nach Turin begeben. Die „Opinione“ will aus guter Quelle wissen, daß Hr. v. Hübner (und nicht Hr. v. Bach) in Rom beauftragt gewesen sei, den Unterhandlungen Hindernisse zu bereiten.

Die „Nazione“ nimmt als gewiß an, daß die Unterhandlungen nicht unterbrochen werden.

#### Frankreich.

**Paris, 29. Juni.** Das bereits telegraphisch erwähnte Rundschreiben, welches der Minister des Innern, Hr. v. Lavalette, in Betreff der Municipalrats-Wahlen an die Präfekten gerichtet hat, lautet im Wesentlichen:

Die Regierung wird, der Linie des Verfahrens, die sie sich vorgezeichnet hat, getreu, und vom Wunsch durchdrungen, die regelrechte Entwicklung des Gemeinlebens zu begünstigen, das Resultat der Wahlen abwarten, um selbst die Organisation der Mairien vorzunehmen. Ohne auf das notwendige Recht zu verzichten, welches ihr durch den Art. 57 der Verfassung zusteht, legt sie die berechtigte Hoffnung, die Chefs der Municipalverwaltung unter den Räten wählen zu können, welche durch die Wahl ihrer Mitbürger geerd sind; es ist der lebhafteste Wunsch des Kaisers, daß die Maires sich dem Lande mit der Autorität dieses doppelten Mandats darstellen können, welche so wohl dem väterlichen Charakter dieser vollstündlichen Magistratur entspricht.

Bei der friedlichen Debatte, die sich entspinnt wird, sind nur die lokalen Fragen im Spiel. Die Regierung gibt sich mit Vertrauen dem gesunden Sinn der Bevölkerung anheim. Als unparteiischer Beobachter des Kampfes müssen Sie, Hr. Präfekt, also die Ansichten (präferances) der wählenden Körperschaft sich freiwillig aussprechen lassen; Ihre Intervention würde nur dann gerechtfertigt sein, wenn unvernünftige Leute versuchen sollten, den Charakter der Wahl zu verändern, indem sie ihn auf das politische Gebiet herüberziehen und sich bemühen, zu einem persönlichen Zweck Agitationen hervorzurufen, welche eine von dem Willen der Nation selbst errichtete Gewalt nicht ansetzen könnten, ohne sie zu bekämpfen.

Mein Rundschreiben vom 14. Mai hat Sie erkennen lassen, welchen großen Wert ich auf die vollkommene Regelmäßigkeit der Wahloperationen lege; es handelt sich da um eine Frage hoher Moralität, die Ihrer Fürsorge werth ist. Die Listen von 1865 sind mit der größten Aufmerksamkeit revidirt worden. Zeigen Sie dieselbe Sorgfalt bei der Vorbereitung der Einzelheiten der Wahl. Erinnern Sie die Maires an die Vorschriften des Gesetzes; fordern Sie dieselben auf, auf's pünktlichste sich darnach zu richten; belehren Sie dieselben nützlich durch Ihren Rath. Kurz zusammengefaßt, den Gemeinden den freien Ausdruck der Wahl ihrer Mandatäre für die Verwaltung ihrer municipalen Interessen zu garantiren, der Wahl einen ausschließlichen kommunalen Charakter zu bewahren, der Einmischung des Parteigeistes oder politischer Leidenschaft vorzubeugen oder sie zu bekämpfen, das sind, Hr. Präfekt, die Grundsätze, denen Sie folgen müssen, um dem Geist der Regierung gemäß zu handeln.

Die „Batrie“ widerlegt die Nachricht, daß die Unterhandlungen der merikanischen Mission in Rom abgebrochen seien. Sie werden immer noch zwischen Hrn. Velasquez de Leon und Mgr. Franchi fortgeführt. — Hr. Cloin, Rabbinetschef Maximilian's, ist in Paris angekommen. — Bei Beginn der heutigen Sitzung des Gesetzgeb. Körpers wurde kein Dekret zur Verlängerung der Session verlesen. Es scheint also, trotz der verschiedenen noch unerledigten wichtigen Gesetzesvorlagen, mit dem diesjährigen Gesetzgeb. Körper zu Ende gehen zu sollen. Die Debatten begannen mit der Konvention über die allgemeine Industrieausstellung von 1867. — Marschall Canrobert trifft diesen Abend in Paris ein, um den Oberbefehl über das 1. Armeekorps zu übernehmen.

Nach der heutigen Bankbilanz hat der Baarvorrath in dieser Woche um 15 Mill. zugenommen und steht auf 513 Mill., das Portefeuille ist von 518 auf 560 Mill. gestiegen. Vielleicht sind aber nicht allein Handelswerthe, sondern auch Schatzscheine der bevorstehenden Couponzahlung wegen distinkt worden; denn das Guthaben des Schatzes ist von 131 auf 170 Mill. gestiegen. Guthaben von Privatens 218 Mill., Borschüsse wenig verändert, Bankbil. 513 Mill. — Börse, schwunghaftes Geschäft, Steigen der Kurse. Rente 66.67 1/2, Cred. mob. 720, Dstb. 505, ital. Anl. 66.80.

#### Spanien.

**Madrid, 28. Juni.** Die hiesigen Blätter melden, daß Hr. Dlozaga als außerordentlicher Gesandter sich nach Italien an den Hof Victor Emanuel's begeben werde.

#### Belgien.

**Brüssel, 28. Juni.** (Köln. Ztg.) Die wichtigste Abstimmung in der Diskussion des Fremdengesetzes ist heute erfolgt. Es handelte sich um den Antrag, die von Hrn. van Humbeel eingebrachten Amendements der Prüfung des Zentralauschusses zu überweisen. Die allgemeine Tragweite des van Humbeel'schen Systems geht dahin, daß es den Fremden lediglich der Willkür der Regierung entzieht und ihm nichts als die Garantien der Oeffentlichkeit und der Berufung an die richterliche Gewalt gewährt; daß es ferner der Regierung für ausnahmsweise Umstände die unbeschränkte Verfügung über alle seit weniger als drei Jahren im Lande wohnhaften Fremden zugestehet, und daß es schließlich die Konzeption entzieht, einen Fremden wegen eines in seinem Lande strafbaren Vergehens ausweisen zu dürfen, selbst wenn ein solches nach belgischem Recht nicht vorhanden wäre. Es wäre ein strenges Gesetz gewesen; aber Hr. van Humbeel hatte lediglich die bei der gegenwärtigen Stimmung der Kammer erreichbare Reform im Auge. Die Regierung hat sich jedoch der Ueberweisung der van Humbeel'schen Amendements an den Zentralauschuss und damit dem Versuch jeder Reform des Gesetzes widersetzt. 47 Mitglieder stimmten gegen den erwähnten Antrag, 37 dafür. Die Minorität war aus den unabhängigen Liberalen und einer Fraktion der Rechten, Hrn. Coomans an der Spitze, ziemlich bunt zusammengesetzt. Damit ist, wie gesagt, der Hauptsteg für die Regierung erschrocken; der Rest, die auf morgen angelegte Verathung der Artikel, ist Nebenfrage und die Annahme des Gesetzes gesichert. — Heute Abend findet ein neues Meeting gegen das Fremdengesetz Statt. In dem gestern abgehaltenen, welches äußerst zahlreich besucht war, ist die Niederlegung eines Komitee's von 25 Advokaten beschlossen worden, bei denen sich alle auf Grund des fraglichen Gesetzes von der Regierung belästigten Fremden unentgeltlichen Rath und Beistand werden erhalten können.

Der Senat hat in heutiger Sitzung den Handelsvertrag mit dem Zollverein mit 26 gegen 4 Stimmen genehmigt.

#### Dänemark.

**Kopenhagen, 26. Juni.** Es ist alle Aussicht auf die Wiederherstellung der kön. Post-Dampfschiffahrt zwischen Korsör und Kiel vorhanden, welche in Folge des Krieges unterbrochen und später aus politischen Gründen zu Gunsten Lübeck's abgeändert wurde. Das bekannte Kröhnke'sche Eisenbahn-Projekt Kopenhagen-Hamburg bildet hier offenbar die Triebfeder; es ist selbst von der Anordnung regelmäßiger Kurierzüge auf der Linie Kopenhagen-Korsör die Rede, damit die Verbindung mit dem deutschen Festlande beschleunigt werde. Das Kröhnke'sche Projekt soll an eine Regierungskommission verwiesen werden.

Das isländische Althing hatte in seiner letzten Session, welche zu Ausgang des Jahres 1863 geschlossen wurde, die ausschließliche Benützung der isländischen Sprache für amtliche Ausfertigungen, sowie ferner beantragt, daß in Zukunft kein Oberbeamter auf der Insel Island angestellt werden möge, der nicht der Landessprache kundig sei. Die betreffende Resolution wird nun in der neuesten offiziellen „Departements-Tidende“ veröffentlicht; sie lautet dahin, daß die isländische Sprache allerdings ferner eine größere Berücksichtigung finden solle, daß jedoch die Ernennung von Beamten ausschließlich Prärogative der Krone sei, und daß dem isländischen Althing daher kein Urtheil darüber zustehe. Ähnlich wurden früher von hier aus die Sprachbeschwerden der schleswigschen Bevölkerung beantwortet.

#### Schweden und Norwegen.

**Stockholm, 25. Juni.** Der Marineminister, Graf v. Platen, hat in diesen Tagen eine Schrift herausgegeben, in welcher der Plan der Regierung in Betreff der künftigen Gestaltung der schwedischen Kriegsmarine näher erörtert wird. Nach der Schrift soll die Dragoonsflotte zwei Abtheilungen bilden, eine königl. Flotte und eine königl. Küstenvertheidigungs-Flottille. Die erstere soll die entferntere Küsten- und Seevertheidigung ausführen und die Ehre der schwedischen Flagge in fremden Gewässern wahren, die letztere nicht nur feindlichen Schiffen das Eindringen in die Positionen der Küsten- und Seevertheidigung zu verwehren, in welcher Beziehung außerdem Hüllenmaschinen niedergelegt werden sollen, sondern eine Plantendekung für das Heer bilden, wenn dieses sich an ein schiffbares Gewässer anlehnt; ferner hat die Küstenflottille die Peilungen auszuführen. Was den Umfang der beiden Flottenabtheilungen betrifft, so wird die königl. Flotte bestehen aus 1 Linien-Schiff, 1 Fregatte, 4 Korvetten, 8 Kanonenschaluppen, 1 Transport-Fahrzeug und 4 sechsstückigen Thurnschiffen; die Küstenvertheidigungs-Flottille aus 20 gepanzerten Dampf-Kanonbooten, 1 Minen-Fahrzeug, 7 Landungs-Artilleriebooten und 24 Ruder-Kanonbooten. Die Flotte würde 86, die Flottille 96 Offiziere aufnehmen.

#### Türkei.

**Russchuk, 20. Juni.** (Presse.) Die Organisation der neuen Donau- und Provinz, welche aus den Paschaliks Silistria, Niksch, Sofia und Widin unter dem Namen Euna-Bilajet (d. h. Donaugebiet) zusammengefaßt wurde und deren Hauptstadt Russchuk ist, ist nun so gut wie vollendet. Die Departements-, Bezirks- und Kommunalräthe, überall zu gleichen Theilen aus Türken und Christen zusammengesetzt, fungiren bereits, und mit dem Ersten dieses Monats hat auch der neu organisierte oberste Gerichtshof, in dessen Kompetenz das oberste Richteramt für die ganze Donau- und Provinz steht, seine Amtirung begonnen und sitzen in demselben, was bisher unerhört war in den Annalen der türkischen Verwaltung dieser christlichen Länder, sechs christliche Bulgaren als oberste Richter. Kurz, die ganze Organisation ist fertig. Selbst eine offizielle Zeitung ist nicht vergessen. Dieselbe erscheint unter dem Namen „Euna“ („Die Donau“) in bulgarischer und türkischer Sprache, und der zivilisirte Europäer staunt nicht wenig, wenn er dieses Organ in die Hand nimmt und in demselben Verordnungen und Erlasse der Russchuker Zentralregierung findet, die alle in ungewohnter Weise „im Namen der Verfassung“ beginnen.

#### Großbritannien.

**London, 27. Juni.** Parlamentsverhandlungen vom 26. Juni.

Oberhaus. Lord Redebale schildert den Stand der Privatschäfte des Hauses, d. h. der noch zu erledigenden Privat- oder Lokalbills. Nicht weniger als 45 dieser Gesetzesvorlagen werden voraussichtlich auf Opposition stoßen. Lord Redebale meint, wenn das Parlament bis zum 1. Juli fertig sein sollte, so würde man mit allen fertig werden können. Er werde am nächsten Montag weitere Angaben über den Stand der Privatschäfte machen. Lord Staunton, der Earl of Derby (der General-Präsident) bemerkt, die Regierung werde diese Angaben in Erwägung ziehen, doch könne er keine Meinung über die Sache abgeben. Lord Devon beantragt die zweite Lesung der den Katholikeneid modifizirenden Bill. Er ist der Ansicht, daß dieser Eid für die Sicherheit der Staatskirche, der viele Dissidenten feindselig gesinnt seien, als die Katholiken, nicht nöthig, ja selbst unangenehm und unwirksam sei. Die Bill sei ein notwendiges Supplement zu der Akte von 1829. Der Earl v. Derby bekämpft die Bill, weil es nicht gerathen sei, die leitenden Grundsätze des großen Abkommens von 1829 über den Haufen zu werfen. Persönlich habe er nie den geringsten Unterschied zwischen Katholiken und Protestanten gemacht, gleichviel, ob dieselben seine Freunde oder Geringere gewesen seien. Doch handle es sich hier um eine Frage von großer politischer Bedeutung, bei deren Entscheidung persönliche Gefühle nicht den Ausschlag geben dürften. Einzig und allein das Wohl des Reichs sei ins Auge zu fassen. Die Vorlage sei nicht zeitgemäß; am Abend der allgemeinen Neuwahlen sei sie geeignet, bittere Empfindungen und persönlichen Groll zu erregen. Auch liege es nicht im Interesse der Katholiken, daß sie gerade jetzt vorgebracht werde. Seit einigen Jahren habe sich die konfessionelle Zwietracht bedeutend gemildert; wenn man jetzt aber mit imaginären Beschwerden aufträte, so würde das geeignet sein, den alten Haß von neuem anzufachen und die Befestigung wirklicher Rechtsbeschränkungen, unter welchen die Katho-

liten litten, zu verzögern. Die Vorlage werde von jenen angefeindeten katholischen Familien, die sich vor der Emanzipationsakte mit gutem Grund über wirklich vorhandene Rechtskränkungen beschwert hätten, nicht unterflügt. Die Eidesformel beraube keinen Katholiken irgend eines politischen Privilegiums, auf welches er ein Anrecht habe. Auch habe er gegen die Bill einzuwenden, daß sie von einem Privatmitglied eingebracht worden sei, während doch die Regierung die Sache hätte in die Hand nehmen müssen. Er beantrage, daß die Bill heute über drei Monate zum zweiten Mal verlesen werde (d. h. Verwerfung der Bill). Nachdem Carl Russell, Lord Grey, der Marquis von Glancricarde und Lord Lyveden für, Lord Harrowby, Lord St. Leonards und Lord Chelmsford gegen die Bill gesprochen haben, wird die zweite Lesung mit 84 gegen 63 Stimmen verworfen.

### London, 28. Juni. Parlamentsverhandlungen vom 27. Juni.

Oberhaus. Lord Grandville wünscht vor Allem eine Mittheilung bezüglich des Termins der Parliamentsauflösung zu machen. Das Ministerium bedauere zwar, in die Abwidlung der vorliegenden Privatbills eintreten zu müssen, doch lägen gewichtige Gründe vor, die Auflösung des Parlaments nicht länger hinauszuschieben. Ohne sich gerade zu binden, habe das Ministerium daher Ihrer Majestät den Rath geben zu müssen geglaubt, die Auflösung am 6. Juli vorzunehmen. Was die Beinträchtigung der Privatbills anbelangt, sei dieselbe von keinem Belang, da in den letzten Tagen eine große Anzahl derselben erledigt worden sei, und bis zur Auflösung noch viele andere ihre Erledigung finden könnten. Unnötiger Verzögerung würde den Kandidaten große Kosten verursachen und nachtheilig auf Handel und Industrie einwirken. Der Schaden wäre größer als der, welcher aus der Zurücklegung einiger Privatbills erwachsen könnte. Lord Redebale hat als Vorsitzender im Komitee gegen diese Entschließung der Regierung nichts einzuwenden, und spricht die Ueberzeugung aus, daß die meisten der vorliegenden Privatbills sich vor der Auflösung werden erledigen lassen. Von der Opposition wird ebenfalls kein Einwand erhoben, und im Lauf des Abends gelangen hierauf mehrere, theils allgemeine, theils private Bills zur zweiten und dritten Lesung.

Im Unterhaus machte Lord Palmerston eine ähnliche Erklärung wie Lord Grandville im Oberhaus.

### Amerika.

Neu-York, 17. Juni. In einem an das Kriegsministerium gerichteten Schreiben erklärt General Halleck, er habe durch die seinen Offizieren ertheilte Weisung, den zwischen Sherman und Johnson abgeschlossenen Waffenstillstand als nicht vorhanden zu betrachten, den General Sherman keineswegs beleidigen wollen, sondern nur in Gemäßheit von Befehlen gehandelt, die er selbst von Grant erhalten habe. General Sherman sagt in einem Brief an das Kriegsministerium, wenn der Waffenstillstand seine Operationen nicht gestört hätte, so würde er Hrn. Jefferson Davis schon im April gefangen genommen haben, und wenn er dem Befehl Sherman's, in Raleigh zu ihm zu stoßen, gehorcht hätte, so würde Davis nebst seinen Gefährten jedenfalls entkommen sein. Die Proklamation des Präsidenten Johnson vom 13. d. hebt für die südlich vom Mississippi gelegenen Staaten alle Beschränkungen auf, denen der Baumwoll-Handel unterworfen war, sowie alle Baumwoll-Zölle, mit Ausnahme der durch die inländischen Revenue-Gesetze auferlegten 2 C. per Pfd. Gouverneur Murrah von Texas und Allen von Louisiana haben an die Bewohner ihrer Staaten Adressen gerichtet, in welchen sie denselben Gehorsam gegen die Bundesbehörden anrathen, und alle auffordern, ihren Beistand zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu leisten. Das Widderschiff „Missouri“, angeblich das einzige noch übrige Schiff der südatlantischen Flotte in den Küsten des Westens, ward nebst Offizieren und Mannschaft am 3. d. M. bei Alexandria auf dem Red River in Louisiana dem Unionskommandeur W. E. Fitzhugh übergeben. Die dem obersten Gerichtshof von Missouri angehörigen Richter Boyd und Dryden, welche sich geweigert hatten, einer Verfügung der neuen Staatsverfassung Folge zu leisten und ihren Posten zu verlassen, sind von der Wiltz mit Gewalt von der Richterbank vertrieben worden.

Hr. Jai Cooke hat ein Rundschreiben erlassen, in welchem er darzuthun sucht, daß es zwar thöricht, aber unpolitisch sein würde, die ganze Schuld der Union zu tilgen. Ihm zufolge repräsentirt Nationalstadt Nationalkapital, hält die Eingkeit des Volkes aufrecht, und spornet zur Entwicklung der natürlichen Hilfsmittel des Landes und zum Aufschwung von Handel und Gewerbe. General Kirby Smith hat am 30. Mai seine Abschiedsadresse an seine Truppen gerichtet. Er erklärt darin, daß er sich Anfangs geweigert habe, sich unter denselben Bedingungen wie Lee zu ergeben, und den Kampf so lange fortgesetzt haben würde, bis er sowohl für Soldaten wie für Zivilisten ehrenvolle Bedingungen erlangt hätte. Als er aber in Texas angekommen sei, habe er gefunden, daß die Truppen, auf welche er gebaut, ihrer Sache abtrünnig geworden, und er ein General ohne Heer gewesen sei. Dann fährt er fort:

Ihr habt eure Wahl getroffen; sie war unpatriotisch und unweise; aber sie ist nicht mehr rückgängig zu machen. Mögt ihr sie nie in eurem Leben zu bereuen haben! Der Feind wird jetzt euer Land besitzen und euch seine Gesetze vorschreiben. Eure gegenwärtige Pflicht ist klar. Kehrt zu euren Familien und zu euren friedlichen Geschäften zurück, gehorcht den Gesetzen, bemüht euch, die Ordnung wieder herzustellen, und möge Gott in seiner Gnade euch auf den richtigen Weg leiten und die Wunden unseres zerrütteten Landes heilen!

Einer Korrespondenz der „New-Orleans Times“ aus Texas zufolge entfiel unter den Truppen, als die Nachricht von der Uebergabe des Generals bekannt wurde, die größte Verwirrung. Sie verlangten von den Offizieren ihren Sold, und General Slaughter ward gefangen genommen und so lange in Brownsville festgehalten, bis er sich dazu verstand, 20,000 Doll. in specie unter seine Soldaten zu vertheilen. An allen Punkten von Shreveport bis Brownsville wurden die Regierungsmagazine erbrochen, und Waffen, Munition, Proviant, Kleider, ja selbst Baumwolle, von den Soldaten fortgeschleppt.

Neu-York, 17. Juni. Auf ihrer neulichen Reise in den Westen kamen die Generale Grant und Sherman in Chicago zusammen und wurden mit ungeheurer Enthusiasmus von der Bevölkerung aufgenommen. Sherman ward aufgefordert, eine Rede zu halten. Er suchte Dem auszuweichen und entschuldigte sich damit, daß er nur Zuhörer und Zuschauer sein wolle. „Ich lasse mich nicht zu einer Rede verleiten. Immer bereit, immer stolz, meinem alten und geliebten Oberkommandeur zur Seite zu stehen, will ich Alles in der Welt thun, was er von mir verlangt, aber ich weiß, daß er mir nicht befehlen wird, eine Rede zu halten.“ (Stimmen: „Ja, er wird es thun!“ „Befiehl's ihm, Grant!“) Der Eroberer von Richmond trat dann vor und antwortete auf den Ruf der Menge: „Ich heiße nie einen Soldaten etwas thun, wozu ich selbst nicht im Stande bin.“ Worauf große Heiterkeit und drei Hochrufe für jeden der beiden tapferen Krieger folgten. Die demonstrationslustige Menge rief darauf noch die Gemahlinnen der Generale hervor und betäubte die beiden Frauen, welche dem Verlangen der Ungebildigen nicht ausweichen konnten, mit ihrem Hurrahgeschrei.

### Vermischte Nachrichten.

Mannheim, 28. Juni. (Mannh. Z.) Die Ferien der hiesigen Hofbühne begannen am 9. Juli und dauern bis zum 6. Aug.

Frankfurt, 27. Juni. Wie man dem „Mannh. Corr.“ und andern Blättern schreibt, hätte die preussische Regierung den von den drei süddeutschen Regierungen Baden, Württemberg und Bayern jüngst mit der Schweiz vorläufig abgeschlossenen und punktirten Handelsvertrag abgelehnt.

Dresden, 28. Juni. Das „Dresden Journ.“ erklärt heute: „In Bezug auf eine von der „Elber. Bzg.“ gebrachte und aus dieser in verschiedene andere Zeitungen übergegangene Nachricht, den 1849 wegen Preßvergehen in Sachsen ausgewiesenen Nach. jur. Wartenburg betreffend, können wir mittheilen, daß das königl. Ministerium des Innern bereits unter'm 19. d. M. aus eigener Bewegung und ohne daß ein beschlüssiger Antrag an dasselbe gelangt ist, an die königl. Kreisdirektion in Leipzig verfügt hat, daß in Verfolg der Amnestieverordnung vom 27. Mai der Rückkehr Wartenburg's nach Sachsen ein Bedenken nicht entgegen stehe.“

Am 4. Juli, dem 150jährigen Geburtstag Gellert's, wird in Gaißingen die feierliche Grundsteinlegung zum Gellert-Denkmal vorgenommen. Die Aufstellung und Entfaltung der von Bildhauer Schenk in Dresden modellirten Statue soll Ende September erfolgen.

In Hamburg greifen die Strikes immer weiter um sich. Am 26. Juni haben ungefähr 1600 Zimmerleute ihre Arbeit eingestellt; sie verlangen für die Arbeitsstunden von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends 1 Thlr. 4 Sch. Man glaubt, daß die Bauunternehmer nachgeben werden. Die Krämerformis hatten sich am 25. Morgens um 4 Uhr in dem großen Saal des Wirthshauses „Belle Alliance“ eingefunden, um über gemeinsame Schritte zur Abkürzung ihrer Geschäftszeit zu beraten. Ihre Lage ist in der That eine sehr üble. Sie müssen von des Morgens 6 oder 5 1/2 Uhr bis Abends 11 Uhr im Geschäft sein, und zwar Tag für Tag; nur jeder dritte Sonntag, an welchem sie den Nachmittag für sich haben, macht eine Ausnahme. Dabei übersteigt ihr jährlicher Gehalt nur in einzelnen Fällen die Summe von 70 Thlr. Pr. Die Verammlung wählte ein Komitee, welches mit den Prinzipalen über Abkürzung der Geschäftszeit verhandeln soll. Man verlangt zunächst nur Feststellung derselben auf die Stunden von Morgens 6 bis Abends 9 Uhr und Schließung der Geschäfte an den Sonntag-Nachmittagen.

Kiel, 26. Juni. Die „Kiel. Bzg.“ meldet: Dem Vernehmen nach ist das in der Friedrichstraße gelegene, dem Hrn. Arp gehörende große Anwesen neben dem Militärhospital für 45,000 Mark St. in den Besitz der preussischen Regierung übergegangen. Das Haus soll zu einem Marinehospital eingerichtet werden.

Bern, 28. Juni. (Bund.) Der allgemeinen Versorgungsanstalt im Großherzogthum Baden ist vom Regierungsrath unter den üblichen Bedingungen die Aufnahme von Lebensversicherungs-Verträgen im Kanton Bern bewilligt worden.

Turin, 25. Juni. Gestern hatte die Stadt Ravenna ihre Dante-Feier, die auch heute und morgen noch fortbauert. Die Gebeine Dante's bleiben die 3 Tage über ausgestellt. Der Minister des öffentlichen Unterrichts, Rattoli, vertritt bei dieser Feier die Regierung.

Hr. Richard Thornton, ein Mitglied der Firma Lloyd's, kürzlich im Alter von 89 Jahren in London verstorben, hat außer seinen liegenden Gründen ein Vermögen von drei Millionen Pfd. St. hinterlassen, wovon zwei Drittel in Form von Legaten vermachet worden sind. Diener und Angestellte des Hauses sind reichlich bedacht, für die wohlbekanntesten Anstalten Londons 90,000 Pfd. St. ausgelegt, dazu 20,000 Pfd. St. für die Schulen in Merton und Winton. Seinen Neffen, Thomas Thornton und Richard Thornton West, verbleibt der beträchtliche Rest des Vermögens und die feste Habe.

Mannheim, 28. Juni. (Schwurgericht.) Heute kam zur Verhandlung die Anklage gegen die Ehefrau des Georg Adam Schmitt, Elisabeth, geb. Hornberger, von Spensbach wegen Vergiftung. Im September 1863 verheiratete sich G. A. Schmitt als Wittwer und Vater von 4 Kindern trotz Einspruch der Letzten mit der ledigen Elisabeth Hornberger. Die Ehe war keine glückliche, die ersehnten Kinder traten in ein feindseliges Verhältnis zu der Stiefmutter; bei den hieraus entstehenden Streitigkeiten und Zerwürfissen ergriff der Vater Partei für die Kinder. Der älteste Sohn Johann Adam Schmitt hatte sich am entschiedensten gegen die Eingebung der zweiten Ehe ausgesprochen; sein gespanntes Verhältnis zu der Stiefmutter veranlaßte den Vater, der seither mit dem Sohne zusammen gewohnt hatte, die gemeinschaftliche Wohnung zu verlassen, nur die Kost bezog Johann Adam Schmitt von Hause.

Ihrer Abneigung gegen den Stiefsohn hatte die Angeklagte durch Beschimpfung desselben in Gegenwart der übrigen Kinder unverhohlenen Ausdruck gegeben, insbesondere geküßert, entweder müsse Johann Adam oder sie sterben“ und dem Johann Adam könne sie Gift geben.“

Am Abend des 26. April bereitete in Gegenwart ihrer Stiefmutter die Schwester des Johann Adam Schmitt, Namens Margarethe, die für diesen bestimmte Abendsuppe und stellte dieselbe, als sie fertig, auf den Ofen, während sie sich, um Milch zu holen, eine Viertelstunde

entfernte. Nach der Rückkehr trug sie die Suppe zu ihrem Bruder, welcher sogleich erklärte, er könne dieselbe nicht genießen, weil sie rieche „wie nach Zündhölzchen“. Von Johann Adam Schmitt herbeigerufene Bekannte machten ebenfalls die Wahrnehmung, daß die Suppe einen phosphorartigen Geruch ausströme. Die Suppe wurde in das elterliche Haus zurückgetragen, woselbst sich auch der Vater überzeugte, daß die Suppe nach Zündhölzchen rieche. Dieser ließ die Suppe die Nacht über stehen und machte am folgenden Tage seiner Frau Vorhalt, wie die Zündhölzchen in die Suppe gekommen, mit der Drohung einer Anzeige bei der Polizei; er entsetzte sich zu diesem Zweck und fand nach seiner Rückkehr die Suppenschüssel ausgeleert; auf weitem Vorhalt erklärte ihm die Frau, wenn sie auch dem Johann Adam etwas in die Suppe gethan habe, so habe sie es ihm nicht gethan, und gestand endlich ihrem Mann, sie habe Zündhölzchen in die Suppe gethan, indem sie denselben unter dem Versprechen des Verschleiens von Aedern bat, die Schuld auf die Kinder zu wälzen.

Die Angeklagte, welche anfänglich Alles in Abrede gestellt hatte, erklärte heute, es habe eine Anzahl Zündhölzchen auf der Ofenplatte gelegen, welche ihr beim Abwischen derselben aus Versehen in die Suppe gefallen wären; sie habe dieselben thörichtlich aus der Suppe genommen und in den Ofen geworfen. Obgleich der Sachverständige aus der Beschaffenheit dieser zu Gerichtsbanden gebrachten Zündhölzchen, an welchen die Zündmasse abgeschabt war, das Vorbringen der Angeklagten widerlegte, schlossen sich die Geschwornen der Auffassung der Verteidigung an, welche durch Hinweisung auf den guten Leumund der Angeklagten, das feindselige Verhältnis der Hauptzeugen zu derselben, und die Möglichkeit einer Veränderung an den erst einige Tage nach dem Vorfall dem Gericht eingehändigten Zündhölzchen durch Dritte die Unschuld der Angeklagten darzuthun suchten. Die beiden auf Vergiftung, mit der Absicht zu tödten oder zu beschädigen oder nur mit letzterer Absicht, gerichteten Fragen wurden verneint.

Mannheim, 29. Juni. (Schwurgericht.) Die Anklage gegen Johann Böhmer von Hohenheim bildete den Gegenstand der heutigen Verhandlung. Der Angeklagte, ein 23jähriger, bisher gut beleumundeter Bursche, ist zwar zur Zeit noch Soldat, wurde jedoch von der Militärbehörde zur Aburtheilung an das Zivilgericht abgegeben. Derselbe saß am Abend des 17. Apr. d. J. mit mehreren Burschen und Mädchen auf der Dorfstraße zu Hohenheim, als einige andere Bursche in trunkenem Zustand dahin kamen, Unfug trieben, und namentlich auch eines der Mädchen beschimpften. Der Angeklagte, der mit diesem Mädchen geht, mischte sich ein und gerieth mit Peter Gisinger in Streit, wobei ihn dieser zu Boden warf. Er stand sofort wieder auf und schlug, wie mehrere Personen wahrnahmen, nach dem Kopf Gisinger's, worauf dieser ausrief, daß er gelitten sei. Am Kopf blutend, wurde er von seinen Kameraden zuerst in die Behausung einer Bekannten und dann in seine elterliche Wohnung gebracht, wo er in einen tödtlichen Zustand versiel und am 19. Apr. d. J. starb. Als Ursache seines Todes wurde eine Stichwunde auf der linken Seite des Kopfes erkannt, welche durch das Schädelbein ging und bis in die Gehirnhaut drang. Der Angeklagte läugnete die That, obgleich zu den Zeugnissen, wornach er dem Peter Gisinger nach dem Kopf geschlagen, noch hinzukam, daß dieser mehreren Personen gegenüber ihn als den Thäter bezeichnen hatte.

Sein Verteidiger, Hr. Dr. Vertbeau, führte aus, daß nach seinem Leumund, seinem Benehmen bei dem Vorfall, der Beschaffenheit des bei ihm vorgefundenen Messers, und da keine Blutspuren an seinen Kleidern bemerkbar gewesen, er nicht für den Thäter angesehen werden könne. Ein Hauptgewicht legte die Verteidigung darauf, daß, wie durch das gerichtliche Gutachten festgestellt worden, die Schädelknochen des Peter Gisinger auffallend dünn waren, so daß dadurch das Eindringen des stehenden Werkzeugs wesentlich erleichtert war und der tödtliche Ausgang nur als sehr unwahrscheinlich vorhergesehen werden konnte. Die Geschwornen nahmen jedoch einen mittleren Grad der Wahrscheinlichkeit an und erklärten nach den Anträgen der Anklage den Angeklagten der fahrlässigen, durch vorsätzliche Körperverletzung im Affekt verübten Tödtung für schuldig, wobei der Affekt durch thätliche Mißhandlung des Getödteten selbst, wozu der Angeklagte keine hinreichende Veranlassung gegeben hatte, hervorgerufen war. Der Gerichtshof verurtheilte ihn hierauf zu einer Arbeitshausstrafe von 2 Jahren oder 1 1/2 Jahr in Einzelhaft.

### Nachricht.

Berlin, 29. Juni. (W. Z. B.) Der „Staats-Anzeiger“ meldet: Die Zeitungsnachricht sei unbegründet, daß die Sendung des Prinzen Hohenlohe in Folge eines Protestes der schleswig-holsteinischen Landesregierung inibiriert worden sei. Als Prinz Hohenlohe auf der letzten Station in Hadersleben seine Geschäfte beendet, ging bei der obersten Zivilbehörde ein Antrag der Landesregierung ein, der Sendung des Prinzen Hohenlohe, als gefahrbringend für die Ruhe und Ordnung in Nordschleswig, ein Ziel zu setzen. Der preussische Zivilkommissar, Hr. v. Zedlitz, erwiederte sofort der Landesregierung: „er finde keine Veranlassung, den Prinzen zurückzurufen, da nicht die entfernteste Ursache zur Annahme vorliege, der Prinz habe die Grenzen seines Auftrages nicht ganz streng innegehalten.“

Paris, 29. Juni. (Fr. Z.) Der heutige „Abend-Moniteur“ schreibt: „Das italienische Parlament wird bei seinem Wiederzusammentritt über das organische Gesetz wegen des Verkaufs der Kirchengüter abzustimmen haben; ferner über die Aufhebung der Verfassungsbestimmung, welche die katholische Kirche zur „Staatskirche“ macht.“

Karlsruhe, 30. Juni. Bei der heute stattgehabten Gewinngziehung der badischen 35-fl.-Loose sind folgende 10 Haupttreffer mit je 1000 fl. gezogen worden:  
Nr. 31,704. 36,069. 117,734. 135,750. 207,104. 236,032. 258,284. 321,504. 342,830. 356,232.

### Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
29. Juni.					
Morgens 6 Uhr	27° 8,40	+12,0	N.O.	schw. bew.	heiter, kühl
Mittags 2 „	8,02	+21,0	S.W.	„	„ „ „ „ „ „ „ „
Nachts 9 „	6,30	+16,0	„	„	„ „ „ „ „ „ „ „

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

3.767. Karlsruhe.

**Bekanntmachung.**

Vom 1. Juli d. J. an werden Personen und deren Gepäck über die Eisenbahn-Schiffbrücke bei Marau in direkten, zwischen Karlsruhe und Widen...

Die Billetpreise erleiden in Folge dessen nur unwesentliche Veränderungen. Im Zusammenhang mit dieser Einrichtung werden nunmehr auch Billette bei den Stationen Badisch-Marau und Bayrisch-Mariliansau...

Nähere Auskunft wird bei den betreffenden Expeditionen erteilt. Gleichzeitig treten auch in Verbindung mit dem Fahrplan der Pfälzischen Bahnen einige Veränderungen in dem Kurs der Züge der Karlsruher Rheinbahn ein...

Karlsruhe, den 27. Juni 1865. Direktion der groß. Verkehrsanstalten. Zimmer. Schneider.

3.767. Karlsruhe.

**Bekanntmachung.**

Während der Dauer des Eigenthümlichen Schützenfestes in Schaffhausen, 2. bis 12. Juli, werden auf der Strecke Basel-Genève Extrazüge abgehalten...

Karlsruhe, den 29. Juni 1865. Direktion der groß. Verkehrsanstalten. Zimmer. Schneider.

**Stellegesuch.**

Eine Französin, welche schon 6 Jahre in ihrer jetzigen Stelle ist, sucht eine ähnliche in einer guten Familie zu Kindern von 5 bis 10 Jahren als Erzieherin...

Karlsruhe, den 25. Juni 1865. Widinger, Gräf. v. Wischer Rentammann.

**Bildhauer-Gesuch.**

Zwei tüchtige, für Grabstein-Arbeiten, finden gegen hohen Lohn sofort dauernde Beschäftigung bei Wengard, Bildhauer in Offenburg.

**Für Jäger!**

Ein Uhu, Auf, ist mit Zubehör um 20 fl. zu verkaufen bei Hutmacher Wiedemann in Germersheim.

**Bierbrauerei-Verkauf.**

In einer sehr bedeutenden Fabrik- und Handelsstadt im Groß. Baden ist eine Bierbrauerei samt Lagerzellen zu verkaufen.

**Empfehlung.**

Beim Beginn der Bade-Saison empfiehlt Unterzeichneter seinen in der Nähe des Bahnhofes gelegenen Gasthof zur Post...

Karlsruhe, den 27. Juni 1865. August Gromer.

**Angebot von Maschinen und Gussgegenständen.**

Die unterzeichnete Verwaltung erlaubt sich, auf ihre Fabrikate im Bereiche der Maschinenfabrikation aufmerksam zu machen...

Zugleich machen wir bekannt, daß die Gießerei Amalienhütte, vom 1. Juli anfangend, der Maschinenfabrik Immenzingen einverleibt ist...

Karlsruhe, den 30. Juni 1865. Groß. Notar Hed.

**Fahrnißversteigerung.**

Auf Antrag der Lüncher Obermüller's Erben wird in ihrer Wohnung, Langestraße Nr. 227 darüber, versteigert.

Karlsruhe, den 30. Juni 1865. Groß. Notar Hed.

3.786. So eben ist erschienen und in allen Buchhandlungen, in Karlsruhe in der G. Braun'schen Hofbuchhandlung, zu haben:

**Die neue Strafgesetzgebung**

Großherzogthums Baden.

Vollständige Sammlung sämmtlicher Gesetze und Verordnungen über Strafrecht und Strafverfahren. Erste und zweite Lieferung.

**Die neue Civilgesetzgebung**

Großherzogthums Baden.

Vollständige Sammlung der wichtigsten Gesetze und Verordnungen über Civilrecht, Handelsrecht, Organisation und Prozeßrecht. Erste bis dritte Lieferung.

Die Strafgesetzgebung wird aus ca. 6 Lieferungen, die Civilgesetzgebung aus 8 Lieferungen bestehen und die Beendigung beider Bände rasch erfolgen.

**Landrecht**

für das Großherzogthum Baden mit den beiden Einführungsdekreten.

Unter Hinweisung auf die das Landrecht ergänzenden und abändernden Gesetze und Verordnungen. Preis 1 fl. 21 kr. Mannheim, 14. Juni 1865. Buchhandlung von J. Bensheimer.

3.784.

**„Helvetia.“**

**Schweiz. Feuerversicherungs-Gesellschaft zu St. Gallen.**

Die Gesellschaft, welche seit dem Beginne ihres Geschäftes sich der lebhaftesten Theilnahme zu erfreuen hat, übernimmt unter den günstigsten Bedingungen die Versicherung gegen Feuer- und Diebstahl...

Die General-Agentur für das Großherzogthum Baden, A. Würth, Firma: S. Lederle.

und die bekannten Herren Agenten.

**Vierdeversteigerung.**

Die Verwaltung der Zuckerfabrik in Waghäusel läßt am 3. Juli d. J. Nachmittags 3 Uhr, zwei Pferde, 10 und 11 Jahre alt, welche für jeden Gebrauch noch sehr tauglich sind, öffentlich versteigern.

**Verkauf murgschifferschaftlicher Wald- und Sägerechte, und Rothensfelder Sägerechte.**

Frau Karoline Martin Wittwe, geborne Rindenschwender, zu Staufen i. B. läßt am Sonntag den 8. Juli 1865, Nachmittags 2 Uhr, zu Gernsbach auf dem Rathhause 1165 1/2 Waldrechte...

Karlsruhe, den 28. Juni 1865. Greiner.

**Fahrer Eisenbahnbau.**

Die Lieferung der Speisungseinrichtung für den Bahnhof Fahr, sowie eiserner Brückenkonstruktionen, im Gewicht von 36 Zentnern, wird hiermit zur Submission ausgeschrieben.

Karlsruhe, den 28. Juni 1865. Greiner.

**Holzversteigerung.**

Aus den Mooswaldungen der Stadt Freiburg werden versteigert, am Montag den 11. Juli d. J. aus Schlag 8: 23 Eichen und 1 Eichenstange...

Karlsruhe, den 24. Juni 1865. Städtische Bezirksforst. G. Härtlin.

Karlsruhe, den 24. Juni 1865. Städtische Bezirksforst. G. Härtlin.

Karlsruhe, den 24. Juni 1865. Städtische Bezirksforst. G. Härtlin.

Karlsruhe, den 24. Juni 1865. Städtische Bezirksforst. G. Härtlin.

Karlsruhe, den 24. Juni 1865. Städtische Bezirksforst. G. Härtlin.

Karlsruhe, den 24. Juni 1865. Städtische Bezirksforst. G. Härtlin.

Karlsruhe, den 24. Juni 1865. Städtische Bezirksforst. G. Härtlin.

Karlsruhe, den 24. Juni 1865. Städtische Bezirksforst. G. Härtlin.

Karlsruhe, den 24. Juni 1865. Städtische Bezirksforst. G. Härtlin.

Karlsruhe, den 24. Juni 1865. Städtische Bezirksforst. G. Härtlin.

Montag den 10. Juli d. J. Morgens 8 Uhr,

auf das Geschäftszimmer des unterzeichneten Notars in Kappel-Rohed festgesetzt und derselbe dazu mit dem Bemerkten vorgeladen, daß, wenn er weder persönlich erscheint, noch durch einen Bevollmächtigten sich vertreten läßt, der Gerichtsnotar einen Waifenrichter oder einen andern geeigneten Ortsinwohner als Zeilungspfleger für ihn bestellen wird.

Kappel-Rohed, den 28. Juni 1865. Der groß. Notar H. Beckmann.

3.1670. Nr. 145. Lembach. (Erbdorlaung.) Liberata und Nepomuk Günter von Lembach, welche schon früher nach Amerika gerückt sind, wollen und deren Aufenthalt dort unbekannt ist, sind zur Erbschaft ihres Vaters, des Bürger, Wittwers und Leibesdingers Konrad Günter von Lembach, mitberufen.

Dieselben werden zur Vermögensaufnahme und zu den Erbteilungsverhandlungen mit Frist von drei Monaten mit dem Besinnen öffentlich vorgeladen, daß, wenn sie nicht erscheinen, die Erbschaft denen werde zugeweiht werden, welchen sie zukomme, wenn die Vorgeladenen zur Zeit des Erbansfalls nicht mehr am Leben gewesen wären.

Stühlingen, den 25. Juni 1865. Groß. Distriktnotar G. Br.

3.1669. Raßatt. (Erbdorlaung.) Franz, Antonia und Friedolin Koch von Stadelhofen, welche vor mehreren Jahren nach Amerika ausgewandert sind und deren Aufenthalt nicht bekannt ist, werden hiermit zur Erbschaft ihrer Tante, der Kaiser Ching'er's Ehefrau, Rosina, geborne Koch, von Stollhofen mit der Aufforderung vorgeladen, ihre Ansprüche an den Nachlaß ihrer Tante binnen drei Monaten bei dem Unterzeichneten geltend zu machen...

Karlsruhe, den 27. Juni 1865. Groß. Notar E. Wallraff.

3.1679. Nr. 14108. Heilberg. (Diebstahl und Falschmünze.) Gestern wurde in der Nähe des Riechenheims dahier ein Herz seiner silbernen Kollenderuhr mit schwerer goldener Schuppelette und einer gebälkten, braunseidenen Geldbörse in Form eines Portemonnaies mit Stahlgeld heraus.

Der Dieb war ein Burche von mittlerer Größe und etwa 20 Jahre alt; er trug eine graue Zuppe mit buntem, am Rand gelb eingefashten Knöpfen und eine dunkle Mütze.

Wir bitten um Fahndung. Heilberg, den 28. Juni 1865. Groß. b. Amtsgericht. H. S. Pfeiffer.

3.1678. Nr. 4412. Korf. (Bekanntmachung.) Heute wurde unter D. J. 51 des Firmenregisters die Firma „A. Kaufmann u. Co. von Echtenau“ eingetragen. Inhaber derselben ist Handelsmann Abraham Kaufmann in Echtenau. Gewertrag vom 8. März d. J., wornach jeder Theil 50 fl. in die Gemeinschaft einwirft, alles andere, gegenwärtige und künftige Vermögens davon ausschließt.

Korf, den 22. Juni 1865. Groß. b. Amtsgericht. G. Pfeiffer.

3.1688. Nr. 15,594. Karlsruhe. (Bekanntmachung.) Für die durch diesseitiges Erkenntniß vom 23. März d. J., Nr. 12,791, wegen Geschäftsschuld entmündlichte Wittwe Louise Kreuzbauer, geborne Cecelins, dahier wurde Zimmermeister Ferdinand Fritz hier als Vormund und Meduzenmeister Ferdinand Prinz hier als Gegenvormund ernannt.

Karlsruhe, den 27. Juni 1865. Groß. b. Amtsgericht. v. Vincenzi.

Frankfurt, 29. Juni 1865. Staatspapiere.

Table with columns for Staatspapiere and Anlehens-Loose, listing various bonds and interest rates.

**Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.**

Table listing various stocks and bonds, including Frankfurt Bank, Bayer Bank, and others.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.